



* grundlegende EIIW-Analyse zur Wirtschaftsentwicklung 2016/2017; * Ölpreissenkung dauerhaft; *Effekte positiv

Anhaltender Anti-Ölpreisschock

Die Ölpreisschocks der 70er Jahre haben zu steigenden Arbeitslosenquoten und Inflationsraten, einer Wachstumsverlangsamung und hohen Defizitquoten – wegen Rezession plus Konjunkturprogrammen – in den OECD-Ländern geführt. Damals verdreifachten sich die Ölpreise 1973/74 und vervierfachten sich 1979/80. Im Zeitraum 2014/2015 ist der Ölpreis um 60% eingebrochen und viele Beobachter meinen, das sei ein nur vorübergehendes Sinken der Ölpreise. Diese Sichtweise ist im Kern jedoch grundlegend verfehlt – und damit auch die häufige These, dass die Inflationsrate demnächst in der EU und den USA plus Japan wieder deutlich ansteigen werde. Vielmehr hat sich durch die erneuerbaren Energien und den technischen Fortschritt (fracking) bei der Öl- und Gasförderung sowie die Einführung intelligenter Stromnetze ein Regimewechsel ergeben, der ökonomisch bedrohlich für die OPEC-Länder und Russland plus Brasilien, aber mehrjährig expansiv für die OECD-Länder und China plus Indien wirken wird. Dabei gibt es wesentliche wachstumsförderliche Kostensenkungs- bzw. Investitionsstimulierungseffekte in den meisten Schwellen- und Industrieländern, zudem um eine konsumseitig getriebene gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion.

Es wird zwar eine gewisse Asymmetrie in den OECD-Ländern geben, wenn man den Expansionseffekt bei Realeinkommen und Beschäftigung vergleicht mit den Kontraktionseffekten aus den Ölpreisschocks der 1970er Jahre. Denn die Energieintensität der Güterproduktion in den OECD-Ländern hat sich im Zeitraum 1975-2015 durch Innovationen mehr als halbiert. Die Inflationsraten in den OECD-Ländern, China und Indien – alles Importländer von Öl und Gas, wobei Mexiko als OECD-Land eine Ausnahme ist – werden jedenfalls mittelfristig weiter zurückgehen bzw. sehr niedrig bleiben; die Realeinkommen der betreffenden Länder steigen an, ihre Leistungsbilanzpositionen werden sich strukturell verbessern; Deutschlands Überschüsse weiter steigen. Das zusätzliche Realeinkommensplus der EU-Länder plus der USA und Japans sowie Chinas und Indiens dürfte mindestens 2-3 % im Zeitraum 2016-2020 betragen, während Saudi-Arabien und andere OPEC-Länder einen deutlichen Rückgang beim Wirtschaftswachstum erleben werden: in einer Größenordnung von 5-15% im genannten Zeitraum. Für die Weltwirtschaft bedeutet das netto ein deutliches Realeinkommensplus, höhere reale Aktienkurse im OECD-Raum für eine gewisse Zeit und auch positive Beschäftigungsimpulse. Dass große Ölkonzerne und nichtinnovative Stromerzeuger dabei jedoch zu den Börsenverlierern zählen werden, ist auch klar.

Bislang wird kaum verstanden, dass 2014 ein Epochenjahr für die Energiewirtschaft war, da erstmals laut IRENA, einer UN-nahen multilateralen Agentur für erneuerbare Energien, weltweit mehr in solche Energien investiert wurde als in konventionelle Energien. Nimmt man hinzu, dass die Expansion der Informations- und Kommunikationstechnologie im Bereich der Stromwirtschaft – Smart Energy genannt - große Fortschritte macht und enorme Einsparungen bzw. Effizienzgewinne bringt, so sinkt auch hier die Nachfrage nach Öl, Kohle und Gas auf mittlere Sicht. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung wird in allen OECD-Ländern und in China und Indien massiv in den kommenden Jahrzehnten zunehmen. Weitere Investitionen in Solar- und Windstromerzeugung werden gerade in China, Indien und den OECD-Ländern sowie in Chile und Argentinien zum Wirtschaftsaufschwung

beitragen. Allein die beiden letztgenannten Länder verfügen in der Region Patagonien über soviel Windkraft-Potenzial, dass bei Ausbau des Stromnetzes ganz Lateinamerika voll mit Windstrom versorgt werden könnte. Chinas Konzerne werden dort investieren. In einigen OPEC-Ländern wird es wohl zu einer massiven Wirtschaftskrise und sozialen und politischen Spannungen kommen. Saudi-Arabien, Venezuela, Iran und Irak als große und bevölkerungsreiche Ölförderländer dürften in erster Linie dazu gehören. Saudi-Arabien hat schon 2015 eine hohe Staats-Defizitquote von fast 15% verzeichnet und hat den Abbau von Subventionen bei Wasser, Strom und Benzin sowie einige Verbrauchssteuererhöhungen und Privatisierungen beschlossen, um die Defizitquote zu drücken. Zudem hat das Land international Beteiligungen und Wertpapiere für etwa 100 Mrd. \$ verkauft; diese Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um Saudi-Arabien als Land mit hoher Geburtenrate bei niedrigem Ölpreis ökonomisch zu stabilisieren. Der weitere Abbau von Subventionen für private Haushalte in diesem Land und in anderen arabischen Ölförderländern könnte zu sozialen und politischen Unruhen auf der Arabischen Halbinsel führen. Für die Regierung des Irans, die sich nach der Aufhebung der westlichen Sanktionen schon vor einer Expansion sah, werden geplante Exporterhöhungen von Öl und Gas die Haushaltslage verbessern, aber weit weniger als noch vor Jahren erhofft. Russlands Regierung hat in der Zeit hoher Öl- und Gaspreise weithin verpasst, den Aufbau moderner Industrie- und Dienstleistungssektoren zu fördern – von daher steht die russische Regierung mittelfristig vor ernststen Problemen: Hohe Währungsabwertung, Inflationserhöhung, Jobverluste, Wachstumsrückgang, hohe Haushaltsdefizite stehen für einen schwierigen Problemmix, der auch die OPEC-Länder ähnlich trifft. Ob dies den Autokraten Putin zu aggressiver Außenpolitik veranlasst?

Die Zentralbanken der OECD-Länder werden sich bemühen müssen, bei einer anhaltenden Niedrig-Preisphase, die durchaus Ölpreise unter 30\$ bringen könnte, den schon jetzt sichtbaren Deflationsdruck abzuwehren. Für die Umwelt hat ein niedriger Ölpreis natürlich den Nachteil, dass die Verbraucher weniger als bisher bereit sind, in verbrauchsoptimierte Automobile zu investieren. Hier aber sollten die Regierungen der EU-Länder ohnehin über fiskalische Anreize für Elektromobilität – sie kann verbunden werden mit intelligenten Stromnetzen – gegensteuern und zudem die Besteuerung beim Diesel erheblich erhöhen. Europa steht wohl vor neuen Flüchtlingswellen, wenn autokratische Regime in OPEC-Ländern in einer chaotischen Form zusammen brechen sollten. Den whahhabitischen Religionsoligarchen in Saudi-Arabien und Katar werden bei niedrigen Öl- und Gaspreisen im Übrigen längerfristig die Möglichkeiten beschnitten, die gewaltigen Missionierungsprojekte eines radikalen Islam in Pakistan, Malaysia und vielen Ländern Afrikas und Europas fortzusetzen. Auch das ist ein wichtiger Aspekt.

Für die EU-Länder öffnet sich dank Anti-Ölpreisschock ein Zeitfenster für einige Jahre, in denen man die dringlichen Strukturreformen geduldig durchführen sollte. Sinkende Arbeitslosenquoten sollten im Übrigen nicht Anlass sein, wenig durchdachte hohe nationale Mindestlöhne zu forcieren. Frankreich und Belgien leiden schon seit drei Jahrzehnten an politisch verursachten hohen Jugendarbeitslosenquoten, wobei Frankreichs Präsident Hollande – bei national einheitlich über 9 € Mindestlohn pro Stunde - statt regional differenzierte Mindestlöhne zu beschließen, gar an französische Firmen mit Mindestlohnbeschäftigten Subventionen in Höhe von fast 1% des Bruttoinlandsproduktes zahlen lässt. Diese enorme Mindestlohnsubventionierung bedeutet, dass aus Finanzierungserfordernissen die Einkommenssteuersätze im Durchschnitt 1% höher sind als nötig, was wiederum wachstumsdämpfend ist bzw. die Arbeitslosenquote steigert. Es gibt dank Anti-Ölpreisschock neue Chancen für manch überfällige Reform in Europa. Nicht auszuschließen ist, dass durch einen Regime-Sturz in Saudi-Arabien das Ölangebot verknappen könnte und der Ölpreis auf Zeit neu steigt.